

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel,
Regierender Bürgermeister
von Berlin, zieht eine
Bilanz der abgelaufenen
Legislaturperiode des
Abgeordnetenhauses.
Seite 1/2

Volker Neumann MdB for-
dert eine neue Kambod-
scha-Initiative.
Seite 3/4

Jürgen Adelman, SPD-
Fraktionsreferent für
Fragen der Meerespoli-
tik, unterstreicht die
Interessen der Bundes-
republik am Tiefsee-Berg-
bau.
Seite 5/6

Herausgeber und Vorleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 109

11. Juni 1981

Berlin - ein Wendepunkt?

Bemerkungen zum Ende einer Legislaturperiode

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Regierender Bürgermeister von Berlin,
Mitglied des SPD-Präsidiums

Heute tritt das am 10. Mai 1981 gewählte Abgeordnetenhaus zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Damit endet die 8. Legislaturperiode des Berliner Parlaments. Zugleich endet eine Epoche der Berliner Nachkriegsgeschichte, erstmals sind vier Parteien im Abgeordnetenhaus vertreten. Erstmals haben die sozialliberalen Parteien keine zur Senatsbildung ausreichende Mehrheit erhalten. Erstmals ist die CDU der absoluten Mehrheit nahe gekommen.

Gewiß: Der 10. Mai 1981 war nicht der dramatische Wendepunkt. Die CDU errang nicht den strahlenden Sieg, den sie noch im Januar erhofft hatte. Und die SPD erlitt nicht die vernichtende Niederlage, die sie noch zu Beginn des Jahres befürchten mußte. Und noch ist der neue Senat Weizsäckers nicht gewählt. Dennoch: Der heutige Tag bedeutet für Berlin einen tiefen Einschnitt. Es wird nicht mehr so sein, wie es bis dahin war. Die politischen Kräfte der Stadt sind von den Wählern neu gruppiert, sie stehen vor neuen Aufgaben, vor einer neuen Definition ihrer Funktion.

Das ist ein Anlaß zum Resümee. Für die Sozialdemokraten ist die Bilanz der letzten Jahre zwiespältig. Da sind bleibende Aktivposten. Die Selbstbehauptung der Stadt während der Blockade, der Widerstand gegen Ultimaten und Drohungen, die Selbstbeherrschung während des Mauerbaus. All das wäre ohne die Berliner Sozialdemokraten und ohne ihre Entscheidung gegen die Zwangsvereinigung mit der KPD schon im April 1946 so nicht möglich gewesen. Louise Schroeder, Ernst Reuter, Otto Suhr und Willy Brandt stehen mit ihren Namen stellvertretend für das Engagement Zehntausender von Genossinnen und Genossen.

Verpflichtung
zur umweltfreundlichen
Recycling-Papier



Aber Willy Brandt steht auch für die Vertrags- und Friedenspolitik der Sozialdemokraten, die von Berlin ihren Ausgang genommen hat und der die Stadt ungeachtet fortbestehender Erschwernisse und gelegentlicher Rückschläge viele menschliche Erleichterungen und ein Klima relativer Ruhe und Sicherheit auch in Zeiten weltweiter Spannungen verdankt.

Auf der Aktivseite dürfen die Sozialdemokraten ebenso ihre entscheidende Mitwirkung am Wiederaufbau Berlins, an der Entwicklung einer modernen Infrastruktur, am Aufbau eines fortschrittlichen Bildungswesens und an der Sicherung der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit verbuchen. Der Senat, dessen Amtszeit heute zu Ende geht, hat dazu noch eine wichtige Weichenstellung beitragen können: Nämlich die stärkere Hinwendung des Verkehrsausbaus zum öffentlichen Personennahverkehr durch die Streichung der Autobahn-Westtangente zugunsten der Einbeziehung von S-Bahnstrecken in ein integriertes Schienenschnellverkehrssystem.

Nicht zu übersehen sind indes auf der anderen Seite die Negativposten, die für den konstanten Wählerverlust seit nahezu 20 Jahren ursächlich sind. Dazu gehört, daß die Partei in wachsendem Maße mit der Verwaltung und den städtischen Gesellschaften gleichgesetzt worden ist. Dazu gehören Glaubwürdigkeitsprobleme, die uns vor allem Teilen der Jungwählerschaft gegenüber zu schaffen gemacht haben. Dazu gehört ein gewisser Rückzug aus dem sozialen Umfeld und eine Schrumpfung der Kommunikationsstränge in den Arbeitnehmerbereich und in manche Bereiche der jungen Generation. Und dazu gehört schließlich, daß es - auch aus objektiven Gründen - immer schwieriger wurde, überzeugende sozialdemokratische Perspektiven für die Bewältigung der kommunalen Herausforderung zu entwickeln.

Die neue Funktion der Berliner Sozialdemokraten ist die einer konstruktiven Opposition. Der Übergang wird nicht so leicht sein, wie manche das gegenwärtig fast mit einem Gefühl der Erleichterung empfinden. Aber in der Niederlage vom 10. Mai 1981 stecken bereits wesentliche Elemente eines Neubeginns. Denn die Berliner Partei hat das Feld nicht kampflos geräumt. Sie hat sich vielmehr - aus Westdeutschland vorbildlich unterstützt - mit wachsendem Selbstbewußtsein geschlagen. Sie hat außerdem mit der Berliner Linie, die unbeirrt zwischen Gewalttätern und kritischen, unbequemen jungen Menschen differenziert und beide Gruppen nicht in einen Topf warf, mit der Kursänderung in der Verkehrspolitik und mit ihrer Politik der praktizierten Geschichtsgemeinschaft ganz Berlins (Rückführung der Schinkelfiguren einerseits und des Archivs der Porzellanmanufaktur andererseits) Pflöcke eingeschlagen, die Orientierung für die Zukunft bieten.

Die Berliner Partei hat nach dem 10. Mai 1981 auf die sonst üblichen Schuldzuweisungen verzichtet. Sie blickt nach vorn. Und sie erinnert sich an eine 120jährige Geschichte, in der früheren Generation von Sozialdemokraten ganz andere Bewährungsproben abgefordert wurden. So gesehen könnte Berlin ein Beispiel eines Neuanfangs sein, der von Zukunft getragen wird - und vielleicht so verstanden auch ein Wendepunkt.

(-/11.6.1981/ks/10)

+ + +



Die Zeit drängt für Kambodscha

Hoffen auf die UNO-Konferenz

Von Volker Neumann MdB

Im Vorfeld der vom 13. bis 17. Juli in New York stattfindenden UNO-Konferenz bemühen sich die zersplitterten anti-vietnamesischen Kräfte um eine kambodschanische Allianz. Es geht ihnen darum, ein Gegengewicht gegen die von Vietnam installierte Regierung in Phnom Penh zu schaffen und vor allem darum, den Sitz in der UNO einzunehmen, der zur Zeit noch von den Roten Khmer unter Khieu Samphang/Pol Pot gehalten wird. Die Roten Khmer verlieren zunehmend an Boden nach der Anerkennung des Heng Samrin-Regime in Phnom Penh durch Indien und dem Entzug der Anerkennung der Roten Khmer durch Australien.

Die Konferenz in New York ist auf Drängen der ASEAN-Staaten und insbesondere von Thailand zustande gekommen, die von Anfang an eine internationale Konferenz unter Beteiligung der Großmächte gefordert haben, weil das Kambodscha-Problem ohne die Mitwirkung der Volksrepublik Chinas und der UdSSR nicht dauerhaft gelöst werden kann. Demgegenüber hat die Volksrepublik Vietnam mit Unterstützung von Laos und der UdSSR darauf gedrängt, daß lediglich eine Konferenz der unmittelbar beteiligten Staaten Südostasiens für sie in Betracht kommt. Ziel der Vietnamesen ist es, auf diesem Weg die Regierung Heng Samrin völkerrechtlich aufzuwerten.

Die Bundesrepublik unterhält seit dem 11. Juni 1979 mit Kambodscha keine diplomatischen Beziehungen mehr. In traditioneller Freundschaft mit den ASEAN-Staaten, insbesondere Thailand, unterstützt die Bundesrepublik alle Bestrebungen, den Frieden und die Stabilität in Südost-Asien auf der Basis der Unabhängigkeit und des Rechtes auf Selbstbestimmung wiederherzustellen.

Nach Gesprächen in Singapur, Washington und verschiedenen anderen Orten versucht der 69jährige Son Sann, früherer Premierminister unter Sihanouk und Vorsitzender der nationalen kambodschanischen Befreiungsfront (KPNLF), eine neutralistische antivietnamesische Koalition aufzubauen. Mit offensichtlicher Rückendeckung der ASEAN-Staaten und im Einvernehmen mit China versucht er, die beiden weiteren Kräfte außerhalb Kambodschas, nämlich den 1970 durch einen Putsch des pro-amerikanischen Lon Nol abgesetzten Staatsoberhaupten, Prinz Norodom Sihanouk, und die Khmer Rouge, unter deren neuen Führer Khieu Samphan einzubinden. Prinz Sihanouk, der sich durch einen Neutralitätskurs Kambodschas in den 60er Jahren aus dem Vietnam-Konflikt herausgehalten hat, läßt durch wechselnde öffentliche Erklärungen bisher nicht erkennen, welche Haltung er einnimmt. Die Forderung Sihanouks nach Waffen in China war von den Chinesen abgelehnt worden.

Demgegenüber sollen die Chinesen nach südostasiatischen Presseberichten eine Schiffsladung Waffen an die KPNLF geliefert haben. Son Sann steht in der Schwierigkeit, mit einer schillernden Figur wie Sihanouk, demgegenüber die ASEAN-Staaten auch Vorbehalte haben, und den Khmer Rouge, die Millionen von Morden auf dem Gewissen haben, eine in der Weltöffentlichkeit anerkannte Koalition zu bilden. In einem Gespräch in Bonn Ende Mai hat Son Sann geäußert, daß er mit einer Koalition mit den Roten Khmer nur unter der Voraussetzung einverstanden ist, daß seine Anhänger die Mehrheit in einer Regierung haben. Unabdingbare Voraussetzung sei auch, daß er mit genügend Waffen ausgestattet sei, um den über 20.000 Mann starken Khmer Rouge ein Machtpotential entgegenzusetzen zu können. Er äußerte ein altes chinesisches Sprichwort, daß "man nicht in einen Tigerkäfig ohne einen Stock gehe".



Unter den gegebenen Umständen drängt eine Lösung der Kambodscha-Frage auch zeitlich. Sollte es dazu kommen, daß eine anti-vietnamesische Front aufgebaut wird, die den Sitz in den Vereinten Nationen einnimmt, ist zu befürchten, daß der Bürgerkrieg in Kambodscha sich wieder verstärkt und möglicherweise auch über die Grenzen eskaliert. Auf der anderen Seite ist nicht zu verleugnen, daß sich das pro-vietnamesische Regime Heng Samrin stabilisiert und die Vietnamesen mit ihren 200.000 Mann Besatzungstruppen sich auf Dauer in Kambodscha niederlassen. Dieses wird auch durch eine Äußerung aus Moskau deutlich. In einem Kommentar schreibt TASS, daß eine Veränderung in Kambodscha "unumkehrbar" sei.

Die Schwierigkeiten für eine politische Lösung, die die Unabhängigkeit und Neutralität von Kambodscha zum Ziel hat, nicht zu Lasten der Bevölkerung geht und gleichzeitig das Sicherheitsbedürfnis der Nachbarstaaten berücksichtigt, liegt in der von Vietnam aufgestellten Forderung, die Truppen erst abzuziehen, wenn eine Bedrohung durch die Volksrepublik China nachläßt. Eine solche Voraussetzung kann nur unter Einbeziehung in ein Friedenskonzept durch die Volksrepublik China erfolgen. Auf der anderen Seite ist der Abzug der vietnamesischen Truppen vor Aufnahme von Verhandlungen solange unmöglich, weil die Roten Khmer in der Lage sind, durch ihre Guerillas in kürzester Zeit wieder die Macht an sich zu reißen und ein ähnliches mörderisches Regime aufzubauen, wie es in der Zeit von 1975 bis 1979 bestanden hat und drei Millionen Kambodschanern das Leben gekostet hat.

Wahrscheinlich ist der UNO-Beschluß, der einen vollständigen Rückzug Vietnams aus Kambodscha verlangt, keine Lösung, sondern ein abgestuftes Verhalten, das nur in einem Nebeneinander zwischen Truppenabzug und vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen Vietnam und Chinesen bestehen kann. Gleichzeitig ist der Versuch sinnvoll, alle kambodschanischen Kräfte an einer Friedenslösung zu beteiligen. Insofern kann eine internationale Kambodscha-Konferenz ein erster Anfang sein, eine Basis für das Vertrauen zu schaffen. Man wird auch nicht umhin können, die Roten Khmer vorsichtig und unter Beachtung der Erfahrung der Vergangenheit zunächst in die Gespräche einzubinden. Dieses ist schon deshalb notwendig, weil die überwiegende Mehrzahl der Staaten in den Vereinten Nationen das Khieu Samphan/Pol Pot-Regime als legitime Regierung Kambodschas noch anerkennt, wenn auch sicher nicht aus Gründen der moralischen Rechtfertigung, sondern weil man nicht zulassen kann, daß ein Regime durch ausländische Intervention und nur mit Unterstützung einer fremden Besatzungsmacht installiert werden kann. Doch die Bundesrepublik Deutschland muß weiterhin entsprechend ihrer Erklärung vor den Vereinten Nationen für eine friedliche Ordnung in der südostasiatischen Region eintreten, in der alle Staaten ihre Lebensform in freier Selbstbestimmung gestalten können. Daß dieses auf friedlichem Wege geschieht und nicht zu Lasten des leidgeprüften kambodschanischen Volks durch Waffengewalt, bleibt unsere Hoffnung.

(-/11.6.1981/vo-he/10)

+ + +



Tiefseebergbau muß wirtschaftlich bleiben

Einige Texte der VN-Seerechtskonferenz sind unannehmbar

Von Jürgen Adelman

Referent der Arbeitsgruppe "Meerespolitik" der SPD-Bundestagsfraktion

Die neue amerikanische Administration hat mit ihrer Ankündigung, den informellen Konventionstext einer generellen Überprüfung zu unterziehen, die 3. VN-Seerechtskonferenz vorerst ins Stocken gebracht. Diese Ankündigung stieß zwar bei vielen Entwicklungsländern auf formalen Protest; gleichzeitig wurde aber deutlich, daß eine Seerechtskonvention, die nicht auch von den USA als See- und Wirtschaftsmacht mitgetragen wird, erheblich an Wert und Wirkung einbüßen würde.

Mit dieser Überprüfungsabsicht verbinden sich mannigfaltige Spekulationen, wie denn die Amerikaner zum Abschluß ihrer Überprüfung ihre Interessen definieren werden. Für die Bundesrepublik Deutschland hat sich zumindest ein Hoffnungsschimmer am Horizont gezeigt, daß es gelingen könnte, die ungeliebten Regelungen des Meeresbodenregimes soweit zu verändern, daß die eindeutig protektionistischen Bestrebungen der Entwicklungsländer zurückgedrängt werden, um den Tiefseebergbau für private Unternehmen zu vernünftigen wirtschaftlichen Bedingungen zu ermöglichen.

Betrachten wir den nach der Genfer Session 1980 zustandegebrachten informellen Konventionstext, so ist festzustellen, daß die Territorialisierung der Meere verfestigt worden ist. Die auf dieser Konferenz zu beobachtende Einbringung von Einzel- und Gruppeninteressen hat zu einer weitgehenden Verzonung der Weltmeere geführt. Ein Prozeß, der bereits 1945 von den USA durch die Truman-Proklamation eingeleitet wurde und sich bis heute fortgesetzt hat. Die Konferenz hat hier in juristische Klauseln gefaßt und noch wesentlich erweitert, was sich faktisch vor und am Rande der Konferenz bereits vollzogen hatte.

Selbst wenn man bei der Beurteilung des Konventionsentwurfes zu dem Ergebnis kommt, daß eine Seerechtskonvention nicht notwendig sei, wird dies an dem Faktum "Verzonung der Meere" nichts mehr ändern können. Die Staaten werden auch ohne Konvention ihre Ansprüche auf Wirtschaftszonen und erweiterte Festlandssockelgrenzen aufrechterhalten, angesichts der in diesen Bereichen vorhandenen Fischbestände und möglicher Erdöl- und Erdgaslagerstätten ein verständlicher Anspruch.

Etwas anders liegt die Sache bei der Regelung der Rechte am Tiefseeboden. Die Forderung der Entwicklungsländer, den Tiefseeboden einer internationalen Behörde zu unterstellen und den Abbau von Bodenschätzen in der Tiefsee einem behördeneigenen Unternehmen zu überlassen, beeinträchtigt die Interessen der Tiefseebergbauunternehmen in den westlichen Industriestaaten in hohem Maße. Der Text sieht keine eindeutige Garantie auf Abbaurechte für Unternehmen vor, die sich im Tiefseebergbau mit hohen Investitionen engagieren. Hinzu kommen Regelungen, die die Unternehmen zum Technologietransfer an das Unternehmen der Behörde verpflichten, Produktionsbeschränkungen, die sich an der Zuwachsrate an der Weltnickelproduktion orientieren sowie Abgabenregeln, die den Tiefseebergbau für Wirtschaftsunternehmen nicht mehr rentabel gestalten würden.



Die Schwerfälligkeit der Behörde, mit der vorgeschriebenen Notwendigkeit des Konsenses in wichtigen Fragen, ist vorherzusehen. Hier ist die Blockade des Tiefseebergbaus, beispielsweise durch die Sowjetunion, die ihrerseits keine Interessen am Tiefseebergbau hat, geradezu vorgegeben.

Die Vorschrift, Technologie an das Unternehmen der Behörde abzugeben oder für den Fall, daß das Unternehmen nicht beabsichtigt abzubauen, die Weitergabe an ein interessiertes Entwicklungsland verpflichtend zu machen, führt zu einem nahezu kostenfreien Ausverkauf unserer entwickelten Technologie.

Betrachtet man den Konventionstext zum Tiefseeboden unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten, dann ist er für einen Staat wie die Bundesrepublik Deutschland, deren wichtigster Artikel eben Technologie ist, und deren Unternehmen über eine hochspezialisierte Tiefseebergbautechnologie verfügen, unannehmbar.

Wir können diese Technologie nur weiterentwickeln, wenn die Garantie gegeben ist, daß auch nach der Exploration eines Abbaufeldes die Ausbeutung gegeben ist und diese zu Bedingungen, die den Tiefseebergbau wirtschaftlich erscheinen lassen. Tiefseebergbau ist für uns die Möglichkeit, unsere Rohstoffabhängigkeit bei bestimmten Metallen zu verringern. Protektionistische Regeln, überdimensionaler Bürokratismus kann nur dazu führen, daß wir unsere Anstrengungen auf dem Gebiet des Tiefseebergbaus anderen überlassen. Bereits getätigte hohe Investitionen wären dann für die Katz.

Die Ansprüche der Entwicklungsländer, gleichermaßen an den Schätzen der Tiefsee teilzuhaben, werden durchaus anerkannt. Befriedigung dieses Anspruchs kann aber nur auf gegenseitiger Vertrauensbasis erfolgen; es darf nicht zur Aufgabe nationaler Interessen führen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Entwicklungsländer in starkem Maße zu Interessenvertretern der Landproduzenten geworden sind, die sich aber wiederum in Staaten wie Kanada und Australien wiederfinden. Eine unheilige Allianz?

Eines ist jedenfalls sicher, die Überprüfungsabsicht der USA bringt uns die Möglichkeit, insbesondere das Recht am Tiefseeboden erneut zur Diskussion zu stellen, möglicherweise hier den Konventionstext vernünftiger zu gestalten, frei von Protektionismus, frei von investitionshemmenden Regelungen. Die Fortentwicklung der Technologie, das Engagement der Industrieländer am Tiefseebergbau muß auch langfristig im Interesse der Entwicklungsländer liegen. Sie sollten es aufgeben, diese Entwicklung durch vordergründige Vorteile unnötig zu behindern.

Insofern knüpft sich an die USA für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland ein Hoffnungsschimmer.
(-/11.6.1981/ks/lo)

+ + +

